

AUROLA. Gemeinsam gegen Armut.

AUROLA ist ein von der EU, Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit gefördertes Projekt, das sich gegen Armut, soziale Ausgrenzung und mangelnden Sozialschutz wendet. Umgesetzt wurde das Projekt in Österreich in einem **Forum für offenen Diskurs**.

In regionalen Veranstaltungen wurden unter Einbeziehung sozialer Organisationen und der zuständigen Sozialabteilungen der Länder zielgerichtete Maßnahmen zur Armutsbekämpfung erarbeitet. Über mehrere Kleinprojekte wurden Betroffenenengruppen in das Geschehen eingebunden. In einer sozialwissenschaftlichen Befragung wurden der aktuelle Wissensstand und die Standpunkte der Fachöffentlichkeit ermittelt. Eine **Medienkampagne** sollte eine breitere Öffentlichkeit zu den ausgewählten Schwerpunkten informieren.

Zwei Aktionsbereiche aus der Lissabon Strategie der Europäischen Gemeinschaft standen im Fokus: **Sozialschutz** und **Soziale Eingliederung**.

Das Thema Sozialschutz umfasst die Forderung nach einer qualitativ hochwertigen und nachhaltigen Gesundheitsversorgung und Pflege, die auch für Armutsgefährdete und von Armut Betroffene zugänglich sein muss. Angebote der Langzeitpflege für Betagte sind hier ein Schwerpunkt, der auch Personen mit Migrationshintergrund - als Betroffene sowie als DienstleisterInnen - mit einbezieht. Im Themenbereich Soziale Eingliederung wurden Maßnahmen zur Unterstützung der am härtesten von Armut Betroffenen - von Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen, für MigrantInnen und Minderheiten und für Menschen mit Mehrfachindikation - erarbeitet. Die besonderen Problemlagen von Frauen und die damit verbundene Notwendigkeit zielgerichteter Angebote wurden explizit berücksichtigt.



Die Volkshilfe Österreich führte das Projekt von Februar 2007 bis Jänner 2008 gemeinsam mit den PartnerInnen Forschungsinstitut SRZ, BAWO Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe und Initiative Minderheiten durch.

Die Sozialabteilungen der Bundesländer Kärnten, Oberösterreich, Steiermark und Wien sowie der Österreichische Städtebund unterstützten A U R O R A . inhaltlich und finanziell.

DIE HAUPTERGEBNISSE

Das ‚Forum für offenen Diskurs‘ von A U R O R A . konnte eine erfreulich hohe Anzahl von Fachleuten aus den unterschiedlichsten Bereichen zusammen bringen. ExpertInnen aus der Verwaltung von Bund, Ländern und Städten diskutierten in einem strukturierten Rahmen lebhaft und ergebnisorientiert gemeinsam mit VertreterInnen von NGOs und Universitäten/Fachhochschulen sowie PolitikerInnen aus den einzelnen Regionen. Es gelang auch, Betroffene einzubinden.

Die Ergebnisse der Befragung zu Wissenstand und Erwartungen hinsichtlich der relevanten EU Prozesse und den vordringlichsten Herausforderungen der Sozialpolitik rundeten das Meinungsbild ab. Auch eine breitere Öffentlichkeit wurde wiederholt angesprochen, da in unterschiedlichen Medien Beiträge platziert werden konnten.

Aus diesem einjährigen Prozess ergibt sich eine interessante Bilanz an Ergebnissen:

Ein Defizit an Information über gemeinsame Aktivitäten von EU und Österreich zu Sozialschutz und Sozialer Eingliederung wurde beklagt, wohingegen der Prozess selbst und seine nationalen Auswirkungen durchaus positive Erwartungen erweckten. Auch die Zustimmung aus Fachkreisen zu Vorschlägen der EU an Österreich hinsichtlich politischer Schwerpunktsetzungen war außergewöhnlich hoch. Aus Befragung und Veranstaltungen kristallisierte sich, quer zu allen Spezialthemen, ein Konsens darüber heraus, wo vordringlich anzusetzen ist: **ausreichende Grundsicherung** als Schlüssel zur Armutsbekämpfung, wesentlich stärkeres Entwickeln von **präventivem Handeln**, Wahrung der **Würde** des Einzelnen bei der Gestaltung von Maßnahmen, und **‚Empowerment‘** – die Stärkung der Selbstorganisationskräfte von Betroffenen.



Die vordringliche Querschnittsforderung war, aufgrund der besonderen Betroffenheit den spezifischen Problemstellungen von **Frauen Priorität** zu geben. Zahlreiche der erarbeiteten Detailforderungen unterliegen diesem Grundsatz. Weitere Eckpunkte richten sich auf eine Verbesserung des Informationszugangs, wesentlich mehr Angebote von Partizipation und mehr gesetzlich garantierte Teilhabe an Politik- und Maßnahmengestaltung für Betroffene. Auch mehr Rechte für Betroffene und eine bessere Durchsetzbarkeit bestehender Rechte wurden gefordert. Detaillierte Ergebnisse sind im A U R O R A . Bericht beschrieben.

<http://www.aurora-austria.eu>

Grafik: kanonmedia
A U R O R A . ist ein Projekt zur Sensibilisierung und Mobilisierung für soziale Eingliederung und Sozialschutz in Österreich.
A U R O R A . ist von der Europäischen Gemeinschaft im Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Sozialen Ausgrenzung 2002-2006 gefördert und wird von den Ländern Kärnten, Oberösterreich, Steiermark, Wien, dem Österreichischen Städtebund und der Volkshilfe Österreich ko-finanziert.

Die vorliegende Veröffentlichung gibt ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder.
Die Europäische Kommission haftet nicht für die weitere Nutzung der darin enthaltenen Informationen.

